Die deutsche Arbeiterbewegung in der revolutionären Nachkriegskrise

Offener Brief

an

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund,
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände,
Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands hält es für ihre Pflicht, in einem, für das gesamte deutsche Proletariat bedeutsamen und schweren Augenblicke sich an alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen zu wenden.

Die fortschreitende Zersetzung des Kapitalismus, die Rückwirkungen der einsetzenden Weltkrise zu den Wirkungen der besonderen deutschen Krise, die fortschreitende Entwertung des Geldes und die in Deutschland noch immer fortschreitende Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, die zunehmende Arbeitslosigkeit und Verelendung der breiten Massen machen es notwendig, daß die proletarische Klasse sich als Gesamtheit zur Wehr setzt, und dabei nicht nur der Industrieproletarier gedenkt, sondern all der Schichten, die, erst jetzt erwachend, sich ihres proletarischen Charakters bewußt werden.

In dieser unerträglichen Situation wird das Proletariat gehalten durch die fortschreitende Reaktion, die in Orgesch, in dem Meuchelmord, in der Justiz, die jeden Meuchelmord deckt, immer neue Fesseln für das Proletariat erfindet und die auf die Uneinigkeit des Proletariats spekuliert.

Konsumvereine und unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Bereitstellung der Mittel dafür durch das Reich.

b) Sofortige Beschlagnahme aller zur Verfügung stehenden bewohnbaren Räume mit dem Recht nicht nur zwangsweiser Einquartierung, sondern auch zwangsweiser Ausquartierung kleiner Familien aus großen Wohnungen oder gar Häusern.

3. Maßnahmen zur Bereitstellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen:

a) Kontrolle aller vorhandenen Rohmaterialien, Kohle, Düngemittel durch die Betriebsräte.

Wiederingangsetzung aller stillgelegten Betriebe, soweit sie Bedarfsgegenstände herstellen: Verteilung dieser so hergestellten Gegenstände nach den Grundsätzen zu 2a).

b) Kontrolle der Bestellung, der Ernte und des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Guts- und Kleinbauernräte in Verbindung mit den Landarbeiterorganisationen.

4. a) Sofortige Entwaffnung und Auflösung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen in allen Ländern und Gemeinden.

b) Amnestie für alle Delikte, die aus politischen Motiven oder aus Gründen der bestehenden allgemeinen Not begangen wurden. Freilassung aller politischen Gefangenen.

c) Aufhebung der bestehenden Streikverbote.

d) Sofortige Aufnahme der Handels- und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland.

Studienmaterial für das 3. Thema im Bildungsjahr der DKP 1980/81

Preis für Nichtmitglieder 0,50 DM

Literatur zum Thema:

Thälmann-Biographie (Kapitel I und II)

Wolfgang Ruge: Weimar, Republik auf Zeit

Romane: Grünberg: Brennende Ruhr

Marchwitza: Sturm auf Essen

Scheringer: Das große Los

Gotsche: Märzstürme

Seminarfragen:

1. Was kennzeichnete die revolutionäre Nachkriegskrise?
2. Welche Lehren vermittelt uns der Kampf um die Entwicklung der KPD zur Massenpartei und ihr Ringen um die Einheitsfront der Arbeiter für den Kampf um die Aktionseinheit heute?
3. Welche Lehren vermittelt der Kampf der Kommunisten um einen revolutionären Ausweg aus der Nachkriegskrise für den Kampf heute um die Öffnung des Weges zum Sozialismus für unser Land?

Herausgeber: Parteivorstand der DKP, Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Verantwortlich: Gerd Humbach – Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss

I. Was charakterisiert die politischen Verhältnisse in den ersten Jahren der Weimarer Republik?

Labile Staatsmacht

Die ersten Jahre der Weimarer Republik (1919–1923) waren durch eine tiefe Nachkriegskrise gekennzeichnet, aus der die Arbeiterbewegung einen revolutionären Ausweg suchte. In diesen Jahren erwies sich die neu entstandene bürgerliche Staatsmacht noch als äußerst labil. Sie wurde von der monarchistischen Reaktion immer wieder in Frage gestellt, was im Gegenzug auch zu neuen Versuchen der revolutionären Arbeiterbewegung führte, nicht nur die erkämpften Rechte zu verteidigen, sondern auch die weitergesteckten Ziele der Novemberrevolution neu aufzugreifen, für die Entmachtung des Großkapitals und des Militarismus zu kämpfen.

Folgen des Versailler Friedensvertrages

Militärische Niederlage und Novemberrevolution hatten die Monarchie beseitigt, bürgerlich-demokratische Rechte und soziale Verbesserungen erkämpft, zugleich die internationalen Positionen des deutschen Imperialismus erheblich geschwächt. Der von ihm ausgelöste imperialistische Raubkrieg hatte mit einem imperialistischen Raubfrieden (Versailles) geendet, Deutschland verlor erhebliche Gebiete, seine Kolonien, Armee und Marine wurden auf 100000 bzw. 15000 Mann beschränkt, die Rüstungsindustrie unterlag internationalen Kontrollen. Dazu kamen Reparationsforderungen der Siegermächte in Höhe von 132 Milliarden Goldmark.

Reaktionärer Machtapparat blieb

Im Ergebnis der Novemberrevolution waren in der Weimarer Verfassung zwar wesentliche demokratische Grundrechte festgeschrieben (allgemeines, freies, gleiches, geheimes Wahlrecht, einschließlich Frauenwahlrecht, Koalitionsrecht, Pressefreiheit, u. a.), doch die Macht des Großkapitals blieb unangetastet. Und schlimmer noch: Durch die Niederwerfung der revolutionären Arbeiter im Zusammenspiel von SPD-Führern wie Ebert und Noske mit monarchistischen Generalen wie Hindenburg, Groener, Seeckt, Lüttwitz, waren die alten, reaktionären Machtinstrumente, der preußische Militarismus, die alte Justiz und Bürokratie erhalten geblieben. Die reaktionären, monarchistischen Feinde der Republik waren zugleich die Stützen ihrer Macht. Die von der Weimarer Verfassung verkündeten neuen Rechte wurden für die Arbeiter nur sehr begrenzt wirksam. Monatelang waren die demokratischen Rechte durch Ausnahmezustand außer Kraft, der mit Plakaten versprochene „Sozialismus" blieb leere Deklamation, alle Lasten des verlorenen Krieges wurden auf die Arbeiter abgeladen, der 8-Stunden-Tag angegriffen, die Löhne durch Inflation entwertet.

Die Haltung des deutschen Großkapitals zur Weimarer Republik war dabei zwiespältig. Alle Gruppen des Großkapitals strebten sowohl außen- als auch innenpolitisch Veränderungen an, um alte Machtpositionen zurückzugewinnen. Doch zugleich bestand die Angst vor einem neuen Aufflackern der Volksrevolution, die im November 1918 alle Pläne zur Rettung der Monarchie verhindert hatte. Es gab also Differenzen darüber, wie man am zweckmäßigsten außenpolitische Stärke zurückgewinnen und Revanchepläne verwirklichen, von der Revolution erkämpfte demokratische und soziale Rechte beseitigen könne.

Differenzen im deutschen Großkapital

Die Herren der Kohle- und Stahlindustrie – und mit ihnen die preußischen Junker und Militaristen – waren vom Friedensvertrag am stärksten betroffen. Sie hatten an Rüstung und Krieg am meisten verdient, hatten die Kriegsziele bestimmt, hatten im alten monarchistischen Staatsapparat ihre stärkste Stütze. Sie verloren jetzt ihre profitabelsten Aufträge. Deshalb drängten sie auf Nichteinhaltung des Friedensvertrages, auf baldigen Revanchekrieg, auf Unterdrückung der demokratischen Rechte und auf Terror gegen die Arbeiterbewegung. Eine nationale Katastrophe war ihnen lieber – wobei sie auch auf ein Neuaufflammen des Nationalismus im Volk selbst spekulierten – als drohende Revolution und Einschränkung ihrer Profite. Deshalb waren sie erbitterte Feinde aller fortschrittlichen Ansätze in der Weimarer Verfassung und zugleich Anhänger einer abenteuerlichen Außenpolitik. Um sie entstanden politische Parteien und Bewegungen, die als „Katastrophenpolitiker" einen offen reaktionären Ausweg aus der Krisensituation des deutschen Imperialismus suchten.

Andere Teile des deutschen Großkapitals erkannten, daß jeder offene Versuch, die Friedensvertragsbedingungen zu sabotieren und die Rechte des Volkes abzubauen, die gerade wieder hergestellte Macht des Kapitals schwer gefährdete. Hier waren vor allem solche Kapitalgruppen vertreten, die, wie die Elektro- und Chemieindustrie, damals weniger rüstungsorientiert waren, sich auch von Reparationsleistungen Profit versprachen, wenn es nur gelang, der Arbeiterklasse alle Lasten aufzubürden. Diese „Erfüllungspolitiker" (etwa Rathenau, Erzberger) setzten auf Zeitgewinn, hofften, durch Beweise guten Willens Zugeständnisse der Siegermächte zu erreichen, akzeptierten die Weimarer Verfassung als die derzeit günstigste Möglichkeit, die Revolution zu verhindern und die Macht des Kapitals zu sichern. Wesentliche Voraussetzung ihrer Politik im Inneren war, daß es der SPD-Führung gelang, die Mehrheit der Arbeiter auf der Seite des kapitalistischen Systems zu halten.

Die Rolle der SPD-Führer

Die führenden Sozialdemokraten, Ebert (Reichspräsident bis 1925), Scheidemann, Bauer und Müller (Reichskanzler der ersten vier Reichsregierungen bis 1920) und Noske (Reichswehrminister bis März 1920) hatten ja schon durch ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914, ihre Burgfriedenspolitik und ihre aktive Unterstützung der Verteidigung des imperialistischen „Vaterlands" im ersten Weltkrieg, durch ihren Verrat an der Novemberrevolution Treue und Zuverlässigkeit gegenüber dem Kapitalismus bewiesen. Zugleich behaupteten sie, in der Weimarer Republik seien alle Ziele der SPD erfüllt und vertraten ernsthaft die Meinung: „... Mit der Durchführung der politischen Demokratie ist Deutschland zum freiesten Staat der Welt geworden." Ebenso wie alle Parteien des Großkapitals, lehnten auch die SPD-Führer die Kriegsschuld des deutschen Imperialismus, die im Versailler

Vertrag festgeschrieben war, ab, stimmten mit dem beweglicheren Teil des deutschen Großkapitals jedoch überein hinsichtlich der Notwendigkeit der Erfüllung von Reparationsforderungen, um eine spätere Revision auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Ihre Politik der Klassenzusammenarbeit mit dem Großkapital war bei den SPD-Führern verbunden mit dem Haß auf die revolutionär eingestellten Arbeitermassen – vor allem die junge KPD –, die sie mit massivem konterrevolutionärem Terror zu unterdrücken hofften.

Terror gegen die KPD

Das Jahr 1919 ist denn auch gekennzeichnet durch blutigen Terror gegen Kommunisten und linke Sozialdemokraten. Die Führer der KPD, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Eugen Leviné und Leo Jogiches, fielen diesem Terror zum Opfer. Mit ihnen starben Tausende revolutionärer Arbeiter bei der Verteidigung der Räterepubliken in Bremen, in Bayern, den bewaffneten Kämpfen im Januar und März 1919 in Berlin, beim Kampf gegen den Kapp-Putsch, bei Kämpfen in Mitteldeutschland, an der Ruhr und vielen anderen Teilen Deutschlands. Zum Zeitpunkt all dieser Kämpfe der militaristischen Reaktion gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung standen Sozialdemokraten an der Spitze der Armee und Polizei, übernahmen sie die Verantwortung für die Niedermetzelung der revolutionären Arbeiter, als „Bluthunde" der Erhaltung der kapitalistischen Macht. (Gustav Noske: „Einer muß der Bluthund sein.")

II. Welche Hauptaufgaben hatte die junge KPD zu lösen?

Kinderkrankheit „Linker Radikalismus" überwinden

Unter Abgrenzung von allen opportunistischen Positionen war die KPD als wichtigstes Ergebnis der Novemberrevolution an der Jahreswende 1918/19 entstanden. Doch den Schritt zur revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse vollzogen zunächst nur geringe Teile der Arbeiterklasse mit. Viele Arbeiter meinten, man müsse den Streit, der zwischen den sozialistischen Richtungen im Verlauf des Krieges entstanden sei, jetzt beenden. Sie blieben in der SPD. Andere hielten die USPD für die revolutionäre Partei. Die Kommunisten standen so vor der Aufgabe, einerseits zu zeigen, daß die von den SPD-Führern propagierte Einheit der Arbeiterklasse in Wirklichkeit ihre Unterordnung unter die Politik des Großkapitals bedeutete. Andererseits kam es darauf an, die Mehrheit der Arbeiterklasse für revolutionäre Positionen, für die Verteidigung ihrer Rechte, gegen die Angriffe des Großkapitals zu gewinnen. Nach der vollzogenen Abgenzung zum Rechtsopportunismus galt, es den Weg zu einer festen Verankerung der revolutionären Partei in den Massen der Arbeiterklasse und für die Gewinnung der revolutionären Arbeiter für die KPD zu finden. Das erforderte die Überwindung linkssektiererischer Stimmungen, wie sie als „Kinderkrankheit des Kommunismus" – wie Lenin es 1920 nannte – in der jungen KPD vorhanden waren und in der Ablehnung der Beteiligung an Parlamentswahlen, in falschen Positionen zur Mitarbeit in den Gewerkschaften zum Ausdruck kamen. Angesichts der massiven Angriffe des

Was behinderte das gemeinsame Handeln der Arbeiter?

Großkapitals und der Reaktion auf die in der Revolution erkämpften demokratischen und sozialen Rechte kam es darüber hinaus darauf an, ungeachtet bestehender politischer Differenzen in der Arbeiterbewegung den gemeinsamen Kampf der Arbeiter zur Verteidigung ihrer Rechte zu organisieren. Es galt, der großkapitalistischen Taktik des „Teile und herrsche" die Gegenposition der Einheitsfront der Arbeiterklasse (Aktionseinheitspolitik) entgegenzustellen.

Sozialdemokraten, Kommunisten und christliche Arbeiter spürten die Folgen der Angriffe des Großkapitals und der Abwälzung der Kriegslasten auf ihre Schultern. Es wuchs die Erkenntnis, daß man sich dagegen gemeinsamen wehren müsse, daß Arbeiter, gleich welcher politischer Anschauung oder Organisation, die gleichen Interessen haben. Doch dieser Erkenntnis gemeinsamer Interessen trotz unterschiedlicher Auffassungen standen die tiefen Differenzen gegenüber, die sich vor allem daraus ergaben, daß es gerade sozialdemokratische Führer waren, die die Verantwortung für den antikommunistischen Terror in Deutschland übernahmen. Die Narben des Bruderkampfes zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern waren noch nicht verheilt, ja, sie wurden durch immer neuen konterrevolutionären Terror immer wieder aufgerissen. Das Ringen um eine erfolgreiche Massenpolitik der KPD wurde zudem dadurch behindert, daß die Partei nach der Novemberrevolution praktisch bis zum Kapp-Putsch fast ständig illegal war, ihre Funktionäre verfolgt wurden, ihre Presse unterdrückt war.

„Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik"

Auf dem II. Parteitag der KPD, der in der Illegalität vom 20. bis 23. Oktober 1919 tagte, prallten zwei Grundpositionen aufeinander. Ausgehend von den Kampferfahrungen eines knappen Jahres der jungen kommunistischen Partei, hatte die KPD-Zentrale den Delegierten „Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik" zur Diskussion und Abstimmung unterbreitet. In diesem Dokument wurde herausgearbeitet: „...Die soziale Revolution kann nicht in einem raschen Sturmlauf vollendet werden." Unter diesen Umständen schlug die KPD-Führung die Teilnahme an den Wahlen zu den Parlamenten der Weimarer Republik vor und forderte zugleich die Mitarbeit der Kommunisten in den Freien Gewerkschaften. Damit sollten die fehlerhaften Entscheidungen des Gründungsparteitags in diesen Fragen korrigiert werden. Die Kommunisten sollten die Parlamentswahlen nutzen, die Arbeitermassen von der Notwendigkeit einer revolutionären Klassenpolitik zu überzeugen. Die Führung der KPD erkannte zugleich, daß gerade in den Freien Gewerkschaften viele Arbeiter organisiert waren und kämpften, die nicht selten in Gegensatz zu ihrer reformistischen Führung standen, zäh und verbissen ihre Tagesinteressen vertraten. Die Kommunisten durften diese Kollegen nicht allein lassen.

Doch wie auf dem Gründungsparteitag, waren auch auf dem II. Parteitag noch viele Delegierte, die aus dem angestauten Haß auf die Verräter von 1914, den Schuldigen an dem Massenmord an revolutionären Arbeitern in den Monaten der Revolution, in der Beteiligung an Parlamentswahlen und der Mitarbeit in den Freien Gewerkschaften Verrat am revolutionären Kampf sahen. Revolutionäre Ungeduld verführte zur revolutionären Phrase und versperrte die Einsichten in die Notwendigkeit einer geduldigen Massenarbeit. Sie erkannten noch nicht, daß die Zeit der unmittelbaren revolutionären Kämpfe um die ganze Macht vorbei war.

Die Auseinandersetzungen auf dem II. Parteitag waren so stark, daß die Minderheit der Delegierten, die den Leitsätzen über kommunistische Grundsätze und Taktik nicht zustimmten, von den Verhandlungen des Parteitags ausgeschlossen wurden. Die Diskussionen wurden in allen Parteieinheiten fortgesetzt und mit dem III. Parteitag (25./26. 2. 1920) abgeschlossen. Da sich die Minderheit nicht dem Beschluß der Mehrheit beugte, wurde sie aus der KPD ausgeschlossen. Diese Kommunisten bildeten später die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD). Das schwächte natürlich die noch junge KPD, die zunächst fünf ihrer größten Bezirksorganisationen (Berlin, Dresden, Niedersachsen, Nord und Nordwest) verlor. Zum anderen war die neue Politik noch lange nicht Allgemeingut der ganzen Partei – vor allem nicht an der Basis. Da überwog nicht selten noch Sektierertum. Die KPD war zwar im Feuer der Novemberrevolution geboren, und mancher Arbeiter wurde zu dieser Zeit Kommunist. Er hatte Kampferfahrung und hatte die Verratspolitik der rechtssozialdemokratischen Führer mit ihren Folgen erlebt. Als oberstes Gebot galt: Nie mehr opportunistischer Verrat. Der Marxismus, als Richtschnur der politischen Praxis, war verständlicherweise in den Reihen der KPD in der kurzen Zeit seit der Gründung nur bruchstückhaft entwickelt. Die marxistisch gebildeten und im Klassenkampf mit dem Imperialismus, Militarismus und Opportunismus erfahrenen Führer wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Eugen Leviné, Leo Jogiches waren ermordet, Franz Mehring und Johann Knief waren gestorben. Damit war fast die Hälfte der ersten Zentrale der KPD tot. Das war ein schmerzhafter Verlust, und die Lücke in der Führungsarbeit der Partei war spürbar.

Der Kapp-Putsch

Die neue Politik der KPD stand alsbald auf dem Prüfstand der Praxis. Denn der reaktionäre Flügel des Großkapitals putschte am 13. März 1920 gegen die Weimarer Republik. Truppenverbände, Hakenkreuz am Stahlhelm, rückten in Berlin ein und trieben die Reichsregierung in die Flucht. Die Truppen, die jetzt die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung stürzten, waren die gleichen Freikorps, die von dieser Regierung, vor allem von Noske gehätschelt, und gefördert worden waren, im Baltikum gegen die Sowjetmacht kämpften und sich in Deutschland tausendfach mit Arbeiterblut besudelt hatten. Mit ihnen putschten reaktionäre Einwohnerwehren, die ebenfalls zur Niederwerfung der Arbeiter mit Förderung der Regierung bewaffnet worden waren. Jetzt, da in Erfüllung des Versailler Vertrages ihre Auflösung erfolgen mußte, erklärten sie die Reichsregierung für abgesetzt. Sie proklamierten den ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Kapp zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten und den berüchtigten Arbeitermörder General von Lüttwitz – von Noske eingesetzter Militärbefehlshaber von Berlin, dessen Truppen noch am 13. Januar 1920 eine große Arbeiterdemonstration gegen das Betriebsrätegesetz zusammengeschlossen hatten – zum Reichswehrminister. „Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet", verkündeten die Putschisten in ihrem Aufruf. Gegen Widerstand kündigten sie sofortige Verhängung der Todesstrafe an.

Die Hintermänner: Borsig, Kirdorf, Hugenberg und Co.

Hinter Kapp und Lüttwitz standen solche Großindustriellen wie Borsig, Kirdorf, Stinnes und Vögler, Militaristen wie Ludendorff, führende Politiker der monarchistischen Deutschnationalen Volkspartei und auch der spätere Pressezar der Weimarer Republik, Alfred Hugenberg. Diese reaktionäre Gruppierung riß, unter Bruch der Weimarer Verfassung, die Macht an sich und verordnete dem Volk durch Erlaß „Ruhe

und Ordnung" mit der Zuchtrute des militärischen Terrors.

Die offizielle Reichswehr stand in ihrer Mehrheit Gewehr bei Fuß. Sie weigerte sich, die verfassungsmäßige Regierung gegen die Putschisten zu verteidigen. „Truppe schießt nicht auf Truppe...", erklärte General von Seeckt, der dann wenige Tage nach dem Kapp-Putsch zum Oberbefehlshaber der Reichswehr ernannt wurde. Auf Arbeiter allerdings schossen die Reichswehrtruppen ohne Skrupel.

Arbeitereinheit verteidigt die Republik

Die Regierung floh, die Arbeiter kämpften. Die Pläne der Reaktion gingen nicht auf. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und andere Gewerkschaften sowie die USPD und die SPD, kurze Zeit später auch die KPD, riefen zum Generalstreik zur Abwendung der Gefahr auf. Zwölf Millionen Arbeiter folgten dem Aufruf vom 13. März 1920. Sie legten die Arbeit nieder, griffen da, wo es notwendig war, zu den Waffen, verteidigten die Weimarer Republik selbst mit ihrem Leben. Der Putsch brach zusammen. Die Anführer flohen am 17. März 1920 ins Ausland. Die eiligst gebildete Rote Ruhrarmee und auch andere bewaffnete Einheiten der Arbeiterklasse fügten der Konterrevolution erhebliche Verluste zu. In diesen Tagen der Gefahr wurde erneut die alte Erfahrung der Arbeiterbewegung zur Wirklichkeit: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!" – „Einigkeit macht stark!" Die Gefahr einer autoritären Herrschaft des Großkapitals war abgeschlagen.

Doch wurde die Schwächung des Großkapitals von der Arbeiterklasse auch politisch genutzt?

Der Putsch der Reaktion hatte zwar die Arbeiterorganisationen vorübergehend geeinigt. An der Basis hatten Kommunisten sofort mit USPD- und SPD-Mitgliedern den Kampf aufgenommen. In der Zentrale der KPD gab es anfänglich für einige Stunden Zögern. Es ergab sich daraus, daß die Zentrale nicht sicher war, ob Noske, der bis wenige Stunden vor Putschbeginn mit den Putschisten verhandelte, nicht auch in dieser Situation mit der Reaktion zusammenarbeiten würde.

Den Kommunisten ging es ebenso wie vielen anderen Arbeitern, die Schulter an Schulter mit ihnen den Angriff der reaktionärsten Kräfte des Großkapitals auf die Republik abwehrten, darum, nicht nur den Putsch zu brechen, sondern seine Wiederholung unmöglich zu machen. Um die Frage der Sicherung der Erfolge der Arbeiter im Kampf gegen die Reaktion begannen gleich nach dem Scheitern des Putsches neue Auseinandersetzungen. Der ADGB, die SPD und auch die USPD erklärten am 20. März 1920 das Ende des Generalstreiks. Die KPD hingegen machte diesen Entschluß von der Absicherung der Ergebnisse des so harten Kampfes abhängig.

Für Arbeiterregierung zur Sicherung der Kampfergebnisse

Die Gewerkschaftsführung unterbreitete am 23. März 1920 den Vorschlag der Bildung einer Arbeiterregierung aus dem ADGB, der SPD und der USPD, die die Durchsetzung der wichtigsten Arbeiterforderungen sichern sollte. Die Zentrale der KPD sicherte einer solchen „Regierung eine loyale Opposition zu..., solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit all ihren zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird". Der Vorschlag des

ADGB scheiterte allerdings an der Haltung der USPD. Die USPD-Führung wollte sich „niemals mit den Arbeitermördern an einen Tisch setzen".

Terror gegen die Verteidiger der Republik

Das war der SPD-Führung wiederum nur recht. Denn sie paktierte lieber mit den bürgerlichen Parteien und bildete auch erneut eine Regierungskoalition. Noch vorhandenen Widerstand der Arbeiterwehren ließ diese Regierung von der Reichswehr, die vorher nicht bereit war, gegen die Putschisten zu kämpfen, niederschlagen. Ihr Terror wandte sich vor allem gegen die Rote Ruhrarmee, die bis zum 23. März das ganze Ruhrgebiet von Putschisten gesäubert hatte, und nun Garantien verlangte für die Entmachtung der Reaktion, und die Durchsetzung der wesentlichen Arbeiterforderungen, die vom ADGB aufgestellt und in Verhandlungen mit der Reichsregierung auch vereinbart worden waren. Doch eben diese Garantien zur Verwirklichung der Arbeiterforderungen wollten auch die sozialdemokratischen Minister nicht geben. Statt dessen brachen sie geschlossene Vereinbarungen, ließen die Reichswehrtruppen in das Rhein-Ruhr-Gebiet einmarschieren und dort ihr blutiges Handwerk gegen die Arbeiterklasse verrichten.

War der Kampf umsonst?

War der Blutzoll der Arbeiterklasse gegen den Kapp-Putsch umsonst? Durchaus nicht. Die Errichtung einer autoritären Herrschaft des reaktionärsten Flügels des Großkapitals wurde verhindert. Die Angst vor dem im Kapp-Putsch verwirklichten einheitlichen Handeln der Arbeiterklasse wirkte beim deutschen Großkapital bis 1933. Dadurch wurde zugleich der Angriff des Großkapitals auf Achtstundentag und auf den Lohn erschwert. Wichtig aber waren vor allem die in der Einheitsfront gemachten Erfahrungen. Sie schlugen nicht selten Wurzeln und wurden zum Fundament neuer gemeinsamer Kämpfe von Kommunisten und Sozialdemokraten. Aber auch so manche Illusionen über angebliche Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitern und Unternehmern platzten.

Die Kommunisten werteten die Erfahrungen aus den Märztagen 1920 auf ihrem IV., wiederum illegal durchgeführten Parteitag vom 14./15. April 1920 in Berlin aus. Er beschloß u. a. die Teilnahme der KPD an den im Sommer 1920 stattfindenden Reichstagswahlen. Der erneute Verrat der sozialdemokratischen Führung an der Aktionseinheit der Arbeiterklasse führte allerdings auch dazu, daß der Parteitag sich von der Haltung der Zentrale der KPD, die vom ADGB vorgeschlagene Arbeiterregierung zu unterstützen, distanzierte.

Polarisierung der Klassenkräfte

Die auf den Kapp-Putsch folgenden Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 drückten in vieler Hinsicht eine deutliche Kräfteverschiebung aus. Gemessen an den Wahlen zur Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 verlor die SPD mehr als die Hälfte ihrer Stimmen. Demgegenüber konnte sich die USPD mehr als verdoppeln. Die erstmalig an den Wahlen teilnehmende KPD erreichte fast 442 000 Stimmen. Hatte die SPD 21,6 Prozent aller Stimmen, so erreichte die USPD 18,8 und die KPD 1,7 Prozent. Zusammen waren die beiden links von der SPD stehenden Parteien also bis auf ein Prozent an den SPD-Stimmenanteil herangekommen. Die rechte SPD-Führung war in Gefahr, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu verlieren. Zugleich brachten die Wahlen ein wesentliches Ansteigen der Stimmen der reaktionären, monarchistischen Rechtsparteien (DNVP und DVP), die zusammen auf 28,3 Prozent der Stimmen kamen, während die klassischen Parteien der Wei-

marer Koalition, die die Weimarer Verfassung trugen, auf weniger als 50 Prozent Stimmenanteil absanken.

Schon 1920: Regierung ohne SPD

Unter diesen Bedingungen hatte die Reaktion die sozialdemokratische Partei als Regierungspartei nicht mehr nötig, sie wurde in die Opposition geschickt. Es entstand eine rein bürgerliche Koalitionsregierung. Das Großkapital hielt damit erstmals seit dem November 1918 wieder die Regierungsgewalt ohne sozialdemokratische Unterstützung in seinen Händen und wälzte nun noch rigoroser die Krisenlasten auf die Arbeitermassen ab. Der Lohnkampf wurde insgesamt härter. Preissteigerungen waren eine Dauererscheinung, die Inflation begann. Arbeitslosigkeit nahm zu. Die Lebenslage der Arbeiter wurde Zug um Zug schlechter.

Zu dieser Zeit rückte die Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiterklasse in den Mittelpunkt des Klassenkampfes. Die Arbeiter machten erneut die Erfahrung, daß die eigenen Rechte nicht durch Sozialpartnerschaft erfolgreich verteidigt werden können, sondern in erster Linie vom außerparlamentarischen Kampf abhängen, hier insbesondere von der Einheit und Geschlossenheit des Kampfes.

Hände weg von Sowjetrußland

Auch außenpolitisch entstanden neue Bedingungen für das Zusammenwirken der Arbeiter verschiedener politischer Richtungen. 1920 erreichten die Interventionskriege gegen die Sowjetmacht einen neuen Höhepunkt mit dem Angriff Polens auf Sowjetrußland. Polen wurde vom französischen Imperialismus dabei unterstützt. Deutschland drohte zum Aufmarschgebiet dieses imperialistischen Krieges gegen Sowjetrußland zu werden. Dagegen entwickelte sich eine breite Solidaritätskampagne für die Sowjetmacht unter der Losung „Hände weg von Sowjetrußland!", in der vor allem Mitglieder der USPD und der KPD zusammenwirkten, aber auch erhebliche Teile sozialdemokratischer Arbeiter.

Die Erfahrungen des Kapp-Putsches, die bei den Wahlen sichtbar werdende Polarisierung der Klassenkräfte, das Anwachsen der Reaktion, das Zerplatzen von Illusionen über die Verwirklichung des Sozialismus mit der Weimarer Republik, nicht zuletzt die Frage der Haltung zur Sowjetmacht in Rußland, führten in der USPD zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Linken. Die Mehrheit der USPD, vor allem die in ihr organisierten revolutionären Arbeiter, drängten auf den Anschluß an die Kommunistische Internationale, auf die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die rechten Führer der USPD wandten sich gegen eine revolutionäre Orientierung, näherten sich immer offener den alten SPD-Positionen.

USPD-Mehrheit für Anschluß an die KI

Daß die Mehrheit der USPD-Mitglieder für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und den Zusammenschluß mit der KPD war, zeigte sich auf dem Außerordentlichen Parteitag der USPD in Halle im Oktober 1920. Mit 237 gegen 156 Stimmen wurde dort der Anschluß an die Kommunistische Internationale beschlossen. Daraufhin spalteten die rechten Delegierten die Partei. Sie führten die USPD (Rechte) weiter, die sich in ihrer Mehrheit 1922 wieder der SPD anschloß.

Anfang Dezember 1920 kam es in Berlin zur Vereinigung zwischen der KPD und dem revolutionären Flügel der USPD. Die neue Partei nannte

sich Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD). Diese revolutionäre Arbeiterpartei hatte rund 300 000 Mitglieder und stellte eine beachtliche politische Kraft in Deutschland dar. Die VKPD war zur ersten kommunistischen Massenpartei in einem kapitalistischen Land geworden. Der Vereinigungsparteitag orientierte durch seine Beschlüsse wiederum auf die politische Arbeit innerhalb der Gewerkschaften, der Jugend- und Frauenbewegung, unter den Bauern und in sonstigen Massenorganisationen.

VKPD – erste kommunistische Massenpartei in einem kapitalistischen Land

III. Welchen Beitrag leistete die KPD beim Ringen um die Arbeitereinheitsfront? – Welche Hilfe leisteten dabei Lenin und die Kommunistische Internationale?

„Offener Brief" der VKPD

Nach dem Ausscheiden der SPD aus der Reichsregierung standen an deren Spitze zunächst Vertreter der „Erfüllungspolitik", so die Zentrumspolitiker Fehrenbach und Wirth. Die daraus sich ergebenden Reparationslasten nahm das Großkapital zum Anlaß, die sozialen Errungenschaften der Revolution massiv anzugreifen, den Achtstundentag zu durchbrechen, die Kaufkraft der Löhne durch Inflation zu senken. Die Verteidigung der sozialen Rechte rückte unmittelbar in den Vordergrund der Arbeiterinteressen, ließ politische Differenzen zurücktreten. An der Basis des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) wurden Kampfprogramme entwickelt zur Verteidigung dieser sozialen Rechte. Die Zentrale der VKPD griff ein solches Forderungsprogramm des AGDB-Ortsausschusses Stuttgart auf und unterbreitete am 8. Januar 1921 in einem „Offenen Brief" an den ADGB, die Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände (AFA), die SPD, die USPD und die KAPD das Angebot zur gemeinsamen Verteidigung der Arbeiterrechte. Sie erklärte: Es ist dringend erforderlich, „daß die proletarische Klasse sich als Gesamtheit zur Wehr setzt ... Wir können uns zwar nicht einigen über Demokratie, aber einigen wir uns für den Kampf um ein Stück Brot, das den mehrheitssozialdemokratischen und unabhängigen Arbeitern nicht weniger notwendig ist als den Kommunisten."

Gemeinsamer Kampf um das Stück Brot

Diese Aufforderung fand bei den Arbeitern Widerhall – jedoch nicht bei den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern. Zwar lehnten diese nicht sofort offen ab. Doch in der Praxis paktierten sie nach wie vor mit den bürgerlichen Parteien und hielten an der Sozialpartnerschaft mit dem Großkapital fest.

Die Hinwendung der VKPD zur Aktionseinheit und Massenarbeit – vor allem in den Gewerkschaften – stieß aber auch in den Reihen der VKPD auf Widerstand, sowohl von „links" als auch von „rechts". Der Vorsitzende der VKPD, Levi, trat z. B. als Wortführer einer Gruppe in der Führung gegen eine strikte Abgrenzung zum Opportunismus auf und verließ 1921 die Partei. Die „linke" Strömung um Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Ernst Reuter-Friesland (den späteren Westberliner Regie-

renden Bürgermeister nach 1945) wiederum lehnte jegliche Aktionseinheit ab und forderte, in Überschätzung der eigenen Kraft, eine politische Offensive der Arbeiterklasse mit dem Ziel der unmittelbaren Errichtung der proletarischen Macht.

Märzprovokation zur Vertiefung der Spaltung

Beide Richtungen blieben innerhalb der VKPD in der Minderheit. Doch die Ultralinken erhielten Schützenhilfe durch eine Provokation der preußischen Regierung. Die VKPD hatte im Bezirk Halle die SPD an Mitgliederzahl und Wählerstimmen überrundet und ihre Positionen im mitteldeutschen Industriegebiet (Mansfeld/Halle/Leuna) erheblich ausgebaut. Das alarmierte sowohl die Konzernherren wie die SPD-Führung. Die SPD-geführte Preußenregierung unterstellte den Kommunisten die Absicht eines militärischen Aufstands. Diese Lüge diente als Rechtfertigung für den Einmarsch von Polizeitruppen ins Mansfelder Gebiet am 19. März 1921. Daraufhin traten die Arbeiter des Mansfelder Gebietes und des Leunawerkes in einen Generalstreik. Die Polizeitruppen richteten unter den streikenden Arbeitern ein großes Blutbad an. Reichswehrartillerie schoß das von Arbeitern besetzte und verteidigte Leunawerk sturmreif und schlug den Generalstreik nieder. Mehr als hundert Arbeiter fanden den Tod. Das war ein Rückschlag für die revolutionäre Arbeiterbewegung, doch das eigentliche Ziel, das hinter der Provokation stand, nämlich die VKPD tödlich zu treffen, wurde nicht erreicht. Die März-Ereignisse führten jedoch innerhalb der VKPD unter dem Eindruck des Blutbades und der grausamen Unterdrückung der Arbeiterschaft zu erneuten kontroversen Diskussionen über die politische Linie der Partei. Die ultralinken Kräfte um Ruth Fischer, Werner Scholem und andere, die in den bewaffneten Kämpfen den Anfang einer neuen Offensive um die Errichtung der Arbeitermacht sahen, bekamen zeitweilig die Zustimmung einer Reihe empörter Arbeiter in der VKPD. Es entstand die Gefahr, daß die Partei von ihrer gerade entwickelten Einheitsfrontpolitik abgedrängt wurde. In dieser Situation half die Kommunistische Internationale und vor allem Lenin bei der Bekämpfung sektiererischer Strömungen.

Die Hinwendung der deutschen Kommunisten zur Aktionseinheit und Massenarbeit im Kampf gegen die Rechtsentwicklung in der Weimarer Republik war auch für die anderen kommunistischen Parteien von Bedeutung. Deshalb fand die Entwicklung der politischen Linie der KPD nicht losgelöst von der Kommunistischen Internationale (KI) statt.

Die Rolle der Kommunistischen Internationale

Die III., die Kommunistische Internationale, war der Zusammenschluß der revolutionär-marxistischen Parteien. 52 Delegierte vertraten auf ihrem Gründungskongreß im März 1919 in Moskau 35 Organisationen aus 21 Ländern Europas, Amerikas und Asiens. Die KI war eine straff organisierte und zentral geleitete Weltorganisation. Die Führungsarbeit leistete das gewählte Exekutivkomitee. Die mehrheitlich gefaßten Beschlüsse der KI waren für alle ihre Mitgliedsparteien verbindlich. W. I. Lenin war ihr anerkannter Leiter.

Lenin: „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus"

Lenin stand den deutschen Kommunisten in der komplizierten Auseinandersetzung nach 1918 mit Rat und Tat zur Seite. Vor allem seine Arbeit „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" (April 1920) war eine große Hilfe für die Orientierung der KPD-Politik. Lenin hob in dieser Arbeit hervor, daß die Überwindung des Großkapitals und seiner Macht unmöglich ist, „solange die ganze Klasse, solange die breiten Massen nicht die Positionen eingenommen ha-

ben, daß sie die Avantgarde" – damit meinte er die Kommunisten – „entweder direkt unterstützen oder zumindest wohlwollende Neutralität ihnen gegenüber üben". Er wies auf die Notwendigkeit einer geduldigen und beharrlichen Arbeit unter der Arbeiterschaft und in ihren Massenorganisationen hin und auf die notwendige Stärkung der Arbeiterbewegung durch Einheit ihrer verschiedensten Strömungen in der Aktion.

Nach den Märzkämpfen 1921 unterstützte Lenin die Zentrale der VKPD beim Festhalten an der Politik des „Offenen Briefes" an die deutsche Arbeiterbewegung gegen die Kritiker sowohl aus den Reihen der VKPD als auch der Kommunistischen Internationale. Der III. Weltkongreß der KI in Moskau (22. 6. bis 12. 7. 1921) beurteilte die Märzkämpfe in Mitteldeutschland richtig als reine Abwehraktionen der Arbeiterklasse und nicht als Beginn einer neuen Offensive.

In seiner Rede auf diesem Kongreß machte Lenin die Kommunisten in seiner Untersuchung der politischen Lage darauf aufmerksam, daß die fortschreitende Entwicklung der internationalen Revolution nicht so gradlinig voranschritt, wie die Kommunisten es allgemein 1917/18 annahmen. „Einen Kalender der Revolution voraussagen, das ist unmöglich", hob er hervor. Zugleich erklärte er: „Je organisierter das Proletariat in einem kapitalistisch entwickelten Lande ist, um so mehr Gründlichkeit verlangt die Geschichte von uns bei der Vorbereitung der Revolution, und mit um so größerer Gründlichkeit müssen wir daran arbeiten, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern."

„Heran an die Massen"

Die Losung des III. Kongresses der KI: „Heran an die Massen!" orientierte denn auch als zentrale Aufgabenstellung für die Kommunisten auf die Fortsetzung der Aktionseinheitspolitik und die Arbeit unter den proletarischen Massen.

Angesichts der stetigen Angriffe des deutschen Großkapitals auf die Interessen der Arbeiterklasse riet Lenin der VKPD, „geduldig eine starke und kluge kommunistische Partei aufzubauen, die fähig ist, bei allen und jeglichen Wendungen der Ereignisse die Massen wirklich zu führen".

Die Kommunisten in Deutschland folgten diesem Ratschlag, und ihr 7. Parteitag in Jena nahm Kurs auf die Fortführung der Politik der „Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik". Das erwies sich angesichts der sich im Herbst 1921 zuspitzenden Lage als richtig.

Für Arbeiterregierungen

Die Ergebnisse dieser Diskussionen in der deutschen Partei wirkten wieder auf die Kommunistische Internationale zurück. Ihr IV. Weltkongreß im November/Dezember 1922 knüpfte an diese Politik an und erweiterte sie durch die Losung vom Kampf um die Arbeiterregierung als einer Entwicklungsetappe zur Heranführung der Massen an die proletarische Revolution. In der Arbeiterregierung sollten Kommunisten mit nichtkommunistischen Arbeiterparteien und Organisationen zusammenarbeiten. Der Weltkongreß erklärte dazu: „Zwischen der gegenwärtigen Periode der Herrschaft der offenen bürgerlichen Reaktion und dem vollen Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie liegen verschiedene Etappen und sind verschiedene vorübergehende Episoden möglich."

Reaktionärer Mordterror eint Demokraten

In den Jahren 1921 und 1922 spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen den „Erfüllungs"- und „Katastrophen"-Politikern weiter zu. 1921 wurde der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger erschossen, der 1918 den Waffenstillstand mit unterzeichnet hatte. 1922 wurde Walther Rathenau, Reichsaußenminister und früherer AEG-Direktor, von der konterrevolutionären Organisation „Consul" ermordet. Er hatte am 16. April 1922 zusammen mit Reichskanzler Joseph Wirth den Rapallo-Vertrag zwischen Deutschland und Sowjetrußland unterzeichnet. Mit diesem Vertrag wurden die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland wieder aufgenommen, wechselseitig auf Reparationsforderungen verzichtet, wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart. Er war ein wichtiger Schritt zur Durchbrechung der internationalen Isolierung sowohl Deutschlands als auch Sowjetrußlands, schuf ein Gegengewicht gegen die Erpressungspolitik der imperialistischen Siegermächte und leitete zugleich die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme ein.

Die KPD zur Weimarer Republik

Obwohl die Kommunisten der „Erfüllungspolitik" mit ihrer Kostenabwälzung auf die Massen kritisch gegenüberstanden, waren sie bereit, zusammen mit allen Demokraten die Republik gegen die Konterrevolution zu verteidigen. Die KPD erklärte es als Pflicht der Arbeiterklasse, „jedem Versuch, die bürgerliche Demokratie zugunsten absolutistischer Herrschaft zu beseitigen, mit äußerster Energie entgegenzutreten." Diese Bereitschaft der Kommunisten zur Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte bestimmte ihre Haltung in der ganzen Weimarer Republik, bedeutete jedoch nicht die Preisgabe der eigenen sozialistischen Ziele zugunsten eines Paktierens mit dem Großkapital.

Nach dem Erzberger-Mord schrieb die „Rote Fahne", das Zentralorgan der KPD: „Die kommunistischen Arbeiter stehen bereit, der drohenden Reaktion durch ihre Entwaffnung ein Ende zu machen. Sind die sozialdemokratischen Arbeiter ebenfalls dazu bereit, dann ist der Sieg sicher... Stoßen die christlichen Arbeiter zu dem gewaltigen Heerbann der Arbeiter dieser drei Parteien, dann wird der Sieg beschleunigt."

Rote Fahne: Gemeinsam für Entwaffnung der Reaktion

Nach dem Mord an Rathenau gab es eine Flut von Protesten in ganz Deutschland. Berlin erlebte am 25. Juni 1922 die bisher größte Massenveranstaltung der Weimarer Republik. Daran waren alle Arbeiterorganisationen beteiligt. Gestützt auf diese Massenbewegung, drängte die KPD die SPD, USPD und Gewerkschaften zu einem Abkommen zur gemeinsamen Niederkämpfung der Reaktion („Berliner Abkommen" vom 27. 6. 1922). Dieses Abkommen „zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft" forderte vom Reichstag die Auflösung aller monarchistisch antirepublikanischen Organisationen und wirksame Maßnahmen zum Schutz der Republik. Die Kommunisten orientierten dabei vor allem auf den außerparlamentarischen Kampf als wirksame Unterstützung parlamentarischer Aktivitäten zur Verteidigung der demokratischen Rechte. Doch die Führungsspitze der SPD und auch der Gewerkschaften lehnten zwar unter dem Eindruck der Massenorganisationen das Angebot nicht direkt ab, orientierten aber nur auf das Parlament und ließen nach dem Abflauen der Kämpfe die Kontakte zur KPD einfrieren. Heraus kam dann auch ein Republikschutzgesetz, das in der Folge nicht gegen rechts, sondern gegen links angewandt wurde.

Die Ablehnung von Massenaktionen durch die SPD-Führer, ihre Ab-

sage an die gerade begonnene Aktionseinheit war Wasser auf die Mühlen der rechtsorientierten Kräfte und stärkte deren Positionen. Sie ermunterte das Großkapital geradezu zu einer noch rigoroseren Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft.

IV. Was führte zur Zuspitzung der revolutionären Nachkriegskrise im Jahre 1923?

Streit um Vorherrschaft im Stahlkartell

Ende 1922 gerieten Frankreich und Deutschland wiederum in heftigen Streit über die Erfüllung der Forderungen aus dem Versailler Vertrag. Es ging konkret um die Nutzung der Ruhrkohle für die Eisenproduktion in Elsaß-Lothringen und die Zahlung der Reparationskosten. Nachdem der deutsche Imperialismus eines seiner Hauptkriegsziele, die Eroberung der französischen Erzgruben, nicht erreicht hatte, stand schon damals die Schaffung eines deutsch-französischen Stahlkartells zur Diskussion. Die französischen Kapitalisten forderten für dieses Kartell einen Kapitalanteil von 60 Prozent. Die deutschen Kapitalisten waren mit einer Zusammenarbeit zwar einverstanden, forderten aber zunächst Gleichberechtigung, um ihre starke ökonomische Position später zur Vorherrschaft auf dem europäischen Stahlmarkt nutzen zu können. Die deutschen und französischen Monopolherren konnten sich über die Verteilung der Profite nicht einigen. Daraufhin besetzte Frankreich gemeinsam mit Belgien das Ruhrgebiet.

Ruhrbesetzung

Reichskanzler der deutschen Regierung war inzwischen Cuno. Er vertrat politisch mehr den extremen Flügel des Großkapitals, rief gegen die Besetzung das Volk zum „passiven Widerstand" auf, plädierte für eine „nationale Einheitsfront". Diese Politik zielte auf Desorientierung der Arbeiterschaft. Nationalismus sollte die Arbeiter vom Kampf um die unmittelbaren eigenen Interessen ablenken. Gerade in Auswirkung der Cuno-Politik verschlechterte sich jedoch die Lebenslage des Volkes sprunghaft. Deutschland stand hart am Rand einer wirtschaftlichen Katastrophe.

Schlagt Cuno und Poincaré

Die KPD durchschaute die Absicht der Cuno-Regierung. Sie gab Ende Januar 1923 die Losung aus: „Schlagt Cuno und Poincaré (französischer Ministerpräsident) an der Ruhr und an der Spree!" Die Kommunisten schätzten die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich als Machtkampf zwischen den großkapitalistischen Kräften ein. Zu Recht hieß es in einem gemeinsamen Aufruf von KPD und FKP: „Euer Feind ist nicht der französische Soldat, auch nicht der französische Arbeiter, noch der französische Kleinbauer, die gleich Euch Ausgebeutete und Opfer der Bourgeoisie sind. Euer gemeinsamer Feind ist der deutsche und französische Kapitalist. Eure dringlichste Pflicht ist der Kampf gegen die Bourgeoisie Eures eigenen Landes."

Die KPD zog in diesem Zusammenhang dann auf ihrem 8. Parteitag (28. Januar bis 1. Februar 1923) in Leipzig Bilanz aus der politischen Lage. Die Mehrheit des Parteitags hielt an der bewährten Linie fest. Sie billigte auch die Beschlüsse des IV. Weltkongresses der Kommunistischen

Internationale – vor allem die Ausführungen zur Arbeiterregierung. Dazu erarbeiteten die Delegierten eigene „Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung". Gegen diese Politik trat allerdings auf dem 8. Parteitag auch eine noch starke linke Opposition unter der Führung Ruth Fischers auf.

Inflation

Inzwischen verschärften sich der Klassenkampf und die soziale Not. Hauptmittel der Ausplünderung der Massen war die Inflation. Da infolge der Ruhrbesetzung die Produktion immer stärker absank, die Arbeitslosigkeit zunahm, war die Kaufkraft der Währung nicht mehr gesichert. Die Regierung druckte täglich neues Geld, dessen Wert innerhalb von Stunden verfiel. Zeitweilig kamen die Notenpressen des Staates mit dem Geldverfall nicht mit, so daß in den Städten eigenes Notgeld herausgegeben werden mußte. Der Arbeitslohn wurde täglich ausgezahlt. Während die großen Sachwertbesitzer von der Inflation profitierten, sie nutzten, um sich, wie Flick, ein Wirtschaftsimperium zu ergaunern, verloren viele Kleinbesitzer Existenz und Ersparnisse. Als im November 1923 die Notenpresse stillgelegt und die Stabilisierung der Mark begonnen wurde, wurden eine Billion Inflationsmark in eine Rentenmark getauscht.

Diese Entwicklung stieß bei der Arbeiterschaft auf großen Widerstand. Zum anderen aber vergrößerten auch konterrevolutionäre Gruppen ihre Aktivitäten und bekamen im ruinierten Kleinbürgertum eine starke Massenbasis. Sie versuchten, die unzufriedenen Massen mit nationalistischen Parolen für ihre Pläne zu gewinnen. Erstmals entstand in Deutschland eine verhältnismäßig breite faschistische Bewegung, im Süden mit Hitler an der Spitze. Kommunisten warnten eindringlich vor dieser faschistischen Gefahr.

Generalstreik stürzt Cuno

Der wachsende Protest gegen die soziale Not erreichte im August 1923 in einem dreitägigen Generalstreik zum Sturz der Cuno-Regierung seinen Höhepunkt. Dieser Streik begann, obwohl die SPD-Führung noch am Tag des Streikbeginns ihre Unterstützung für Cuno erklärt hatte. Die Regierung Cuno wurde zum Rücktritt gezwungen. Eine Regierung der großen Koalition unter Gustav Stresemann übernahm jetzt die Staatslenkung.

Die neue Stresemann-Regierung – der auch Minister der SPD beitraten – brach den passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung ab. Gegen die Presse der KPD wurde eine Verbotswelle gestartet. Zugleich begann ein massiver Angriff des Großkapitals auf den Achtstundentag und die Löhne.

Unter dem Eindruck des Eintritts von SPD-Ministern in die Regierung bröckelte der Generalstreik, der Cuno gestürzt hatte, ab. Zur Sicherung von „Ruhe und Ordnung" verhängte Präsident Ebert den Ausnahmezustand, setzte mit Hilfe des Notstandsartikels 48 wesentliche Grundrechte der Verfassung außer Kraft und übertrug die vollziehende Gewalt der Reichswehr.

Separatisten im Rheinland

Rechte Kräfte inszenierten im Rheinland aus Angst vor den revolutionären Kräften mit Unterstützung französischer Politiker einen separatistischen Putsch mit dem Ziel, die Rheinprovinz von Deutschland abzutrennen. Einer der Hauptakteure der Separatisten war Konrad Adenauer, der nach 1945 als Bundeskanzler der BRD und Vorsitzender der

CDU die Hauptverantwortung für die Spaltung Deutschlands trägt. Doch dieser Plan scheiterte am Widerstand der Arbeiterklasse – voran der Kommunisten, die die nationalen Interessen gegen den Verrat von Teilen des Großkapitals verteidigten.

Hitler-Putsch in München

Auch in anderen Gebieten Deutschlands, z.B. in Bayern, erhoben sich die Rechtskräfte. In Bayern kündigte die dort stationierte Reichswehrdivision ihren Eid auf die Reichsverfassung und wurde auf die reaktionäre bayrische Regierung vereidigt. Zwischen den verschiedenen völkischen und monarchistischen Verbänden und der Hitler-Partei entstand ein Bündnis. Hitler versuchte mit einem Putsch am 9. November 1923, sich an die Spitze dieses Bündnisses zu stellen, eine faschistische Macht in Bayern zu errichten und von dort aus nach Mussolinis Vorbild den Marsch auf Berlin anzutreten. Da inzwischen jedoch in Berlin rechte Kräfte nach vorn gekommen waren, scheiterte Hitlers Versuch am Nichtmitziehen seiner bisherigen Bündnispartner.

Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen

Die spektakulären Angriffe von ganz rechts rückten große Teile der SPD und der KPD wieder näher, und zwar vor allem dort, wo sie im Parlament die Mehrheit besaßen. Das war in Sachsen und Thüringen der Fall. Während in Berlin Sozialdemokraten wieder in die Reichsregierung eintraten, um die revolutionäre Bewegung abzufangen, bildeten Sozialdemokraten und Kommunisten, als Abwehrmaßnahme gegen die drohende faschistische Gefahr, auf verfassungsmäßigem Weg Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen. Das Regierungsprogramm enthielt Maßnahmen gegen die faschistische Bewegung, gegen eine Revanchepolitik, gegen jegliche Reaktion und Militärdiktatur. Angesichts der Not der Volksmassen beschlossen sie eine Produktionskontrolle durch die Betriebsräte, Kontrollausschüsse zur Sicherung der Ernährung und nicht zuletzt die Bildung von Notwehren in Gestalt von proletarischen Hundertschaften.

Die Gründung dieser Arbeiterregierungen fand in der Arbeiterschaft ganz Deutschlands lebhafte Zustimmung. Doch nutzten die Arbeiterorganisationen dieses neue Machtmittel zur Verstärkung ihrer Positionen nicht richtig aus, versäumten sie es, sich auf die bevorstehende Machtprobe mit der zentralen Gewalt ausreichend vorzubereiten. Immerhin lag die vollziehende Gewalt in Deutschland ja aufgrund der Notverordnung des Reichspräsidenten inzwischen bei der Reichswehr. Mit ihrem Einmarsch in Sachsen und Thüringen mußte jeden Tag gerechnet werden.

Versäumnisse der Arbeiterregierungen

Auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 kritisierte Georgi Dimitroff im Rückblick auf 1923 die Rolle der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen folgendermaßen: „... Die Kommunisten, die sich an der Regierung beteiligten, hätten ihre Positionen vor allem zur Bewaffnung des Proletariats ausnutzen müssen. Sie haben das nicht gemacht. Sie haben nicht einmal eine einzige Wohnung der Reichen beschlagnahmt, obwohl die Wohnungsnot der Arbeiter so groß war, daß viele mit Frau und Kind kein Obdach hatten. Sie unternahmen auch nichts, um die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter zu organisieren. Überhaupt verhielten sie sich wie gewöhnliche parlamentarische Minister im Rahmen der bürgerlichen Demokratie."

Doch trotz der unzureichenden Ausnutzung der neuen Möglichkeiten

fürchtete die Reaktion in Deutschland das Beispiel der Arbeiterregierungen. Auf Anordnung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert setzte sich die Reichswehr gegen Sachsen und Thüringen in Marsch. Die vollziehende Gewalt wurde Militärkommandeuren übertragen, die Arbeiterregierungen wurden Ende Oktober 1923 zum Rücktritt gezwungen.

Der Hamburger Aufstand

Die KPD hatte für die Verteidigung der Arbeiterregierungen Unterstützungspläne ausgearbeitet. Da war zunächst die Ausrufung des Generalstreiks vorgesehen für den Fall des Einmarsches der Reichswehr, wobei dieser Generalstreik hinüberleiten sollte zum bewaffneten Aufstand. Ausgangspunkt für den aktiven Widerstand sollte eine Konferenz der sächsischen Regierung mit Vertretern der Betriebsräte und Gewerkschaften sein, die am 21. Oktober 1923 in Chemnitz stattfand. Doch der von den Kommunisten auf diesem Kongreß unterbreitete Vorschlag fand keine Mehrheit. Die KPD-Zentrale brach daraufhin die Vorbereitungen zum Generalstreik und zum bewaffneten Aufstand gegen den Reichswehreinmarsch ab. Die Hamburger Parteiorganisation löste jedoch am 23. Oktober 1923 den bewaffneten Aufstand aus, mit dem der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen behindert und die Verteidigung der Arbeiterregierungen erleichtert werden sollte. Die Hamburger Arbeiter blieben jedoch infolge der entgegengesetzten Politik der Zentrale in ihrem Kampf isoliert und unterlagen nach mutigem und heldenhaftem Kampf der Polizei. Auch die Arbeiter in Sachsen und Thüringen erlitten eine schwere Niederlage. Tausende Arbeiter wurden verfolgt, eingesperrt und zu Gefängnis verurteilt. Am 23. November 1923 wurde die KPD verboten. Die revolutionäre Nachkriegskrise endete mit einer Niederlage.

Ursachen der Niederlage

Die entscheidende Ursache für die Niederlage der Arbeiterbewegung in ihrem Kampf um einen revolutionären Ausweg aus der Nachkriegskrise lag, wie in der Revolution von 1918, in der Rolle der rechten SPD-Führer, die stets die Klassenzusammenarbeit mit dem Großkapital – in Krisensituationen selbst mit dessen reaktionärsten Vertretern – und seinem Militarismus höher stellten, als das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse. Auch im Herbst 1923, auf dem Höhepunkt der Krise, war der Eintritt sozialdemokratischer Minister in ein reaktionäres Kabinett ein wesentlicher Punkt, der die Einheit und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse behinderte.

Die KPD hatte in der Mobilisierung der Arbeitermassen für ihre Klasseninteressen Großes geleistet. Doch zugleich zeigte sich 1923, daß sie noch über ungenügende Kampferfahrungen verfügte, um wirklich die Klasse in jeder Situation zu führen. So überschätzten die Führer der KPD, Brandler und Thalheimer, im Herbst 1923 einerseits die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, vertraten aber zugleich die Meinung, entscheidende Kämpfe, wie Generalstreik und bewaffneten Kampf, per Beschluß herbeiführen zu können. Zwischen dem Sturz der Cuno-Regierung und der Bildung der Arbeiter- und Bauernregierungen in Sachsen und Thüringen waren sie der Meinung, die Partei müsse alles auf den entscheidenden Augenblick konzentrieren, statt den Kampf der Massen beständig zu steigern.

Das Verbot der KPD, der konterrevolutionäre Terror gegen die revolutionären Arbeiter, die Fehler und das Zurückweichen der Parteiführung im Oktober 1923 führten in der KPD dazu, daß sich in der Führung 1924 die sektiererischen Kräfte durchsetzten. Die neuen Kampfbedin-

gungen, die mit dem Ende der Nachkriegskrise einsetzten, wurden nicht richtig erkannt, wodurch die Massenarbeit behindert und die Partei geschwächt wurde. So standen die Jahre 1924/1925 erneut im Zeichen eines harten Ringens um eine richtige Strategie und Politik der Kommunisten. Sie führte 1925 zur Herausbildung des Thälmannschen Zentralkomitees der Partei. Doch damit soll sich das nächste Bildungsheft beschäftigen.

Zusammenfassung:

1. In der revolutionären Nachkriegskrise führten die Geburtsfehler der Weimarer Republik, ihre Entstehung im Ergebnis des Niederwerfens der revolutionären Arbeiter durch die Zusammenarbeit rechter SPD-Führer mit der monarchistischen Reaktion und ihrem Militarismus dazu, daß die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution immer wieder von rechts in Frage gestellt wurden. Daraus ergab sich, daß die Kommunisten aufgerufen waren und ihren Beitrag leisteten, die nationalen, demokratischen und sozialen Rechte im Kampf gegen die Reaktion zu verteidigen. Da in allen entscheidenden Situationen die rechten SPD-Führer gemeinsames Handeln der Arbeiter entweder verhinderten oder sprengten, zugleich bereit waren, immer wieder mit der Reaktion zusammenzuarbeiten, wurde der revolutionäre Ausweg verhindert, stand am Ende der Nachkriegskrise die Festigung der Macht der Re-
2. Die Grundlinie der KPD in dieser Zeit war die Entwicklung der Partei zur Massenpartei, zur Vereinigung mit dem revolutionären Teil der USPD, die Bereitschaft zur Arbeitereinheitsfront (Aktionseinheit) in den Tageskämpfen um soziale und demokratische Rechte und bei der Verteidigung dieser Rechte gegen reaktionäre Angriffe. Um diese Orientierung auf die Gewinnung der Massen gab es große Auseinandersetzungen mit sektiererischen, aber auch opportunistischen Positionen in der Partei. Sie sind Ausdruck des Ringens einer jungen Partei um eine allseitige Aneignung der Lehren von Marx, Engels und Lenin und einer darauf begründeten Politik. Lenin und die Kommunistische Internationale leisteten dabei eine große Hilfe für die junge KPD. Die Überwindung sektiererischer Positionen wurde dabei durch die Rolle der SPD-Führung immer wieder erschwert.

3. Die Erfahrungen der KPD in der revolutionären Nachkriegskrise mit ihren rasch wechselnden Kampfbedingungen bilden einen großen Beitrag der deutschen Arbeiterbewegung für die Entwicklung der Strategie der kommunistischen Weltbewegung. Fragen der Heranführung der proletarischen Massen an die sozialistische Revolution unter den Bedingungen eines hochentwickelten kapitalistischen Landes wurden dabei erstmalig aufgeworfen und beantwortet. Sie gehören zum Erfahrungsschatz der Kommunisten, unabhängig davon, daß der Kampf damals mit einer Niederlage endete.

Chronik

2. – 6. 3. 1919	Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau
28. 6. 1919	Versailler Friedensvertrag unterzeichnet
11. 8. 1919	Weimarer Verfassung tritt in Kraft
20. – 23. 10. 1919	2. (illegaler) Parteitag der KPD im Raum Heidelberg
20. – 26. 11. 1919	Gründungskongreß (illegal) der Kommunistischen Jugendinternationale in Berlin
13. 1. 1920	Massendemonstration in Berlin für ein besseres Betriebsrätegesetz wird von der Reichswehr zusammengeschossen – 42 Tote –
25. – 26. 2. 1920	3. (illegaler) Parteitag der KPD in Karlsruhe und Durlach (wird von der Polizei aufgelöst)
13. 3. 1920	Kapp-Putsch
14./15. 4. 1920	4. (illegaler) Parteitag der KPD in Berlin
6. 6. 1920	Reichstagswahlen – Clara Zetkin und Paul Levi als Abgeordnete der KPD gewählt
Juli/August 1920	II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau
12. – 17. 10. 1920	Parteitag der USPD in Halle – Die linke Mehrheit beschließt den Anschluß an die Kommunistische Internationale
1. – 3. 11. 1920	5. Parteitag der KPD in Berlin
4. – 7. 12. 1920	Vereinigungsparteitag USPD (Linke) und KPD zur VKPD (= 6. Parteitag)
7. 1. 1921	„Offener Brief" der VKPD an die anderen Arbeiterorganisationen
19. 3. – 1. 4. 1921	Polizeieinmarsch ins mitteldeutsche Industriegebiet – Märzkämpfe –
22. 6. – 12. 7. 1921	7. Parteitag der KPD in Jena
16. 4. 1922	Rapallo-Vertrag unterzeichnet
27. 6. 1922	Berliner Abkommen zwischen KPD, SPD, USPD, ADGB und AfA zur Verteidigung demokratischer Rechte
5. 11. – 5. 12. 1922	IV. Weltkongreß der KI in Moskau
6./7. 1. 1923	Internationale Konferenz in Essen gegen drohende Ruhrbesetzung unter Teilnahme der Kommunistischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Niederlande und der Tschechoslowakei
28. 1. – 1. 2. 1923	8. Parteitag der KPD in Leipzig
11. – 14. 8. 1923	Generalstreik stürzt Cuno-Regierung
Sept. bis Nov. 1923	Kampf der Arbeiter gegen rheinische Separatisten
6. 10. 1923	Beschluß zum Eintritt der KPD in die Regierungen Sachsens und Thüringens (Arbeiterregierungen SPD/KPD)
23. – 25. 10 1923	Hamburger Aufstand
23. 11. 1923	Verbot der KPD